

**Antrag 232/I/2024**

**KDV Marzahn-Hellersdorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks in Deutschland**

1 An die zuständigen Gremien: SPD-Bundesparteitag, Lan-  
2 desparteitage, SPD-Abgeordnete im Bundestag, im euro-  
3 päischen Parlament und in den Landtagen

4

5 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland steht  
6 aktuell vor großen Herausforderungen. Um seine Rele-  
7 vanz, Effizienz und Akzeptanz zu sichern, bedarf es grund-  
8 legender Reformen. Ziel ist es, eine moderne, transparente  
9 und bürgernahe öffentlich-rechtliche Medienlandschaft  
10 zu schaffen, die sowohl regionale als auch nationale In-  
11 teressen effizient vertritt und dabei sparsam mit den Bei-  
12 tragsmitteln umgeht.

13

14 Daher fordern wir:

15 1. Stärkung der Kooperation bei Auslandskorrespon-  
16 denten: Angesichts der strukturellen Unterschiede  
17 zwischen ARD und ZDF empfehlen wir, die Zusam-  
18 menarbeit und den Informationsaustausch zwi-  
19 schen den Korrespondentennetzwerken zu verbese-  
20 ern. Dies soll Effizienz steigern.

21 2. Ausgewogenheit regionaler und überregionaler In-  
22 halte: Wir setzen uns dafür ein, eine Balance zwis-  
23 chen regionalen und überregionalen Inhalten zu  
24 finden, insbesondere bei Verbraucher- und Gesund-  
25 heitsmagazinen. Dies soll die regionale Vielfalt wahren  
26 und gleichzeitig Doppelungen vermeiden.

27 3. Transparente Gehaltsstrukturen: Die Gehaltsstruk-  
28 turen in den Rundfunkanstalten sollten transparent  
29 und öffentlich zugänglich gemacht werden. Eine  
30 Orientierung an klaren und nachvollziehbaren Krite-  
31 rien ist hierbei essentiell.

32 4. Übertragungsrechte und europäische Verantwor-  
33 tung: Wir fordern eine stärkere Rolle der EU bei  
34 der Vergabe von Übertragungsrechten für globa-  
35 le Sportereignisse. Dies soll gewährleisten, dass  
36 öffentlich-rechtliche Sender ohne zusätzliche Kos-  
37 ten Übertragungsrechte erhalten, und die Interes-  
38 sen der Beitragszahler gewahrt werden.

39 5. Bürgerbeteiligung und Transparenz: Wir setzen uns  
40 für eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der Pro-  
41 grammpfanung und eine höhere Transparenz in der  
42 Verwendung von Beitragsmitteln ein.

43

44

**45 Begründung**

46 Diese Reformen zielen darauf ab, den öffentlich-  
47 rechtlichen Rundfunk in Deutschland zukunftsfähig

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: FA XII Kulturpolitik (Konsens)**

48 zu machen, indem sie seine Strukturen modernisie-  
49 ren, seine Effizienz steigern und seine Verantwortung  
50 gegenüber den Beitragszahlern stärken.

51

52 \_ Wir fordern die SPD-Abgeordneten im Bundestag, im eu-  
53 ropäischen Parlament und in den Landtagen sowie die  
54 SPD-Regierungsmitglieder auf, sich für diese Reformen  
55 einzusetzen und die entsprechenden Schritte zu initiieren.

56 Es ist entscheidend, dass der öffentlich-rechtliche Rund-  
57 funk als wichtige Säule der demokratischen Gesellschaft  
58 gestärkt und in seiner Funktion für die Allgemeinheit er-  
59 halten bleibt, dabei aber auch den modernen Anforde-  
60 rungen an Transparenz, Effizienz und Bürgernähe gerecht  
61 wird.

62

63 Zur Realisierung dieser Reformen ist eine enge Zusam-  
64 menarbeit zwischen den Bundesländern, dem Bund und  
65 den Rundfunkanstalten erforderlich. Ebenso ist es wich-  
66 tig, die europäische Dimension, insbesondere bei der Re-  
67 gelung der Übertragungsrechte, zu berücksichtigen und  
68 aktiv auf EU-Ebene zu agieren.